

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 52

Köln, den 25. Dezember 1931

32. Jahrg.

Friede auf Erden!

Konrad Ferdinand Meyer

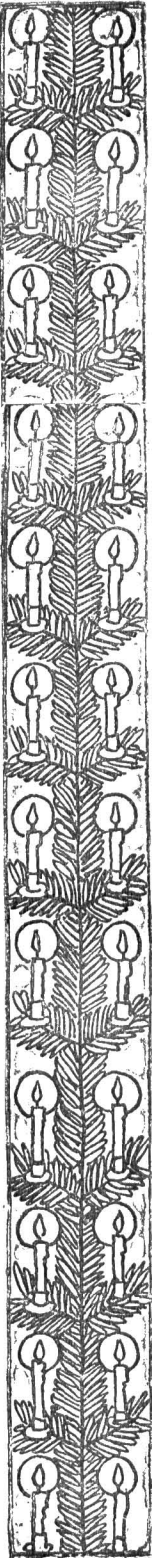
Da die Hirten ihre Herde
ließen und des Engels Worte
trugen durch die niedre Pforte
zu der Mutter und dem Kind,
fuhr das himmlische Gesind'
fort, im Sternenraum zu singen,
fuhr der Himmel fort, zu klingen:
„Friede, Friede auf der Erde!“

Denn es ist ein ew'ger Glaube,
daß der Schwache nicht zum Raube
jeder frechen Mordgebärde
werde fallen allezeit:
Etwas wie Gerechtigkeit
webt und wirkt in Mord und Grauen,
und ein Reich will sich erbauen,
das den Frieden sucht der Erde.



Christmett:

116. Burchardt, Linden-Verlag



Weihnachtsfriede und deutsche Not.

Fest des Friedens — Weihnachten! Von Friedenssehnsucht sind die Menschen ergriffen, nach Frieden sehnen wir uns gerade in diesen Tagen. Welches Fest wäre auch mehr Ausdruck der Friedenssehnsucht als das deutsche Weihnachtsfest. Beim Klang der Glocken, die feierlich über deutsches Land hallen, empfinden wir alle etwas von dem tiefen Gehalt der Weihnachtsbotschaft „Friede auf Erden“, und in mancher gequälten Brust mag sich der Wunsch nach Frieden zu einem ernststen, heißen Gebete formen: „In tiefer deutscher Not gib, Herr, uns Deinen Frieden!“

Ja, die Not ist groß in deutschen Ländern. Schon vor Jahresfrist glaubte man, das Maß des Erträglichsten sei erreicht. Schon damals war die allgemeine Not Gegenstand der Sorge und Überlegung aller Verantwortlichen und Gutgeleiteten. Die Grundlagen der Gesellschaft, des Staates und der Wirtschaft erzittern vor der Gewalt der Krise, die mit nie gekannter Heftigkeit und Zähigkeit unser Land und Volk heimsuchte. Gewiß wurden auch andere Völker nicht verschont, auch jenseits der Grenzen wuchsen die Schwierigkeiten und die Not. Es darf jedoch mit Recht behauptet werden, daß unter den zivilisierten Völkern der Welt das deutsche am härtesten betroffen wird.

Die Arbeitslosigkeit, als Quelle der Not für Millionen deutscher Arbeiter, behielt während des ganzen Jahres einen beängstigend hohen Stand. Die Meinung, daß sie die größte deutsche Not sei, ist sicher richtig. Was nützt es, wenn die Arbeitslust, der Arbeitswille, die Fähigkeiten und Kenntnisse in der deutschen Arbeiterschaft noch so groß sind, wenn alle diese wertvollen und oft gelobten Eigenschaften nicht eingesetzt, nicht angewandt werden können, weil die Gelegenheit zur Arbeit so außerordentlich rar geworden ist. Seuchen und Kriege waren vordem die Schreckgespenster der Menschheit, die groben und augenfälligen Mittel der Zerstörung. Nicht mehr die Seuchen, sondern die Arbeitslosigkeit ist die Menschheitsgeißel. Mit der Arbeit ist den Menschen Ziel und Bestimmung genommen. Nicht nur leibliche Not ist die Folge der lang dauernden Arbeitslosigkeit, auch geistige und seelische Not leiden diejenigen, die gezwungen feiern müssen. Schon treten in deutschen Städten Sprechchöre auf, die erschütternd den Schrei nach Arbeit und Brot durch die Straßen rufen. Arbeit ist gewiß nicht die letzte Bestimmung des Menschen, sein letztes Ziel. Aber mit und durch die Arbeit behält der Mensch die notwendige Selbstachtung und Disziplin, die die Erfüllung der Friedens- und Heilsbotschaft leichter machen.

Ist es notwendig, die Not der Arbeitslosen eingehend zu schildern? Sicher nicht, denn heute klopft die Not auch an die Türe derjenigen, die kaum jemals glaubten, daß auch sie ihr einmal anheimfallen würden. Heute dürften die Einsicht und das Verständnis für die Not auch in solchen Kreisen geweckt sein, die vor nicht langer Zeit verächtlich und vorwurfsvoll von den Arbeitslosen sprachen. Es wird trotz dieser Auflockerung der Gewissen und der Gemüter leider immer noch zu wenig bedacht, daß das Leben dieser Millionen ein fürchterliches Schicksal ist. Mitleid allein tut's nicht gegenüber diesen Schicksalsträgern, mitfühlen muß man können, und vor allem soll man helfen. Nicht nur den Frieden kündigt dieses schönste aller christlichen Feste, vor allem predigt es die Liebe, die Liebe zum Nächsten, zum Menschenbruder, der in Not ist.

Not ist furchtbar. Sie gebiert den Haß und die Zwietracht. Auf das Konto der allgemeinen Not muß man die Zerrissenheit im deutschen Volke schreiben. Ist es verwunderlich, wenn die materielle

Not die Menschen zur Verzweiflung treibt, wenn, um das kümmerliche Leben weiter fristen zu können, oft ein noch so bedenklicher Ausweg versucht und unternommen wird? Ist es verwunderlich, wenn Glauben und Vertrauen angesichts der chaotischen Zustände im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben schwinden und die lautesten Schreier, die größten Demagogen den größten Zulauf haben? Das Anwachsen der radikalen Parteien, die zwar große Versprechungen machen, bisher aber keinen Beweis lieferten, daß sie allein den richtigen Weg zur Rettung gehen, ist größtenteils eine Folge der herrschenden Not. „Es muß anders werden!“ Dieser Gedanke bewegt so viele, und wie Errinkende den Strohalm, so wird jedes neue Programm, jedes neue Schlagwort aufgegriffen und zum Kult erhoben. Dabei ist nicht einmal so sehr der Glaube, daß eine Änderung der Verhältnisse ein sittlicheres und menschenwürdigeres Dasein herbeiführen werde, die Triebfeder. Vielmehr ist die Ursache dieser Einstellung eine hoffnungslose Verzweiflungsstimmung, die an einem gewissen Punkte einen Ausweg ins Politische gefunden hat und hier zu maßlosem Fanatismus wurde. Daß dieser nicht dem Frieden dient, erleben wir alle Tage. Demonstrationen, auf der Straße und in Versammlungsräumen, nehmen meist einen wenig friedlichen Verlauf, enden oft mit Mord und Totschlag. Das Parteiabzeichen entscheidet über Menschenleben — ein graufiger Zustand. Im politischen Gegner wird der unter allen Umständen zu beseitigende Todfeind erblickt, und die Methoden, die sich in diesem Parteienkampf herausgebildet haben, gleichen verzeifelt dem offenen Bürgerkrieg. Wenn die Regierung jüngst ein allgemeines Uniformverbot erließ und scharfe Bestimmungen gegen Waffenbesitz und Waffenmißbrauch verordnete, dann mögen die übelsten Mißstände dadurch eingedämmt und gewissen radaulustigen Elementen Dämpfer aufgesetzt werden. Viel besser wäre es, wenn es gelingen könnte, eine geistige Umstellung der Deutschen in der Weise herbeizuführen, daß sie im politischen Gegner vor allem den Menschen und Volksgenossen ertragen und achten lernen. Wenn wir in der Selbsterfleischung fortfahren, bieten wir dem Ausland ein sehr unerfreuliches Bild volklichen Lebens und können kaum erwarten, daß jenseits der Grenzen Mitgefühl und Hilfsbereitschaft größer ist, als wir unter uns im eignen Lande üben.

Deutsche Not ist Gegenstand sehr ernster Beratungen in Basel. Die Anträge der deutschen Regierung auf Aufschub der Zahlungsverpflichtungen an das Ausland, die dort verhandelt werden, unterliegen im Augenblick einem internationalen Kreis von Sachverständigen, dessen Entscheidung für das Wohl und Wehe, über die Lebensbedingungen und die Existenz unseres Volkes von weittragender Bedeutung sind. Ob alle dort Berufenen für deutsche Not, für unser Elend das rechte Verständnis mitbringen, ist nicht ganz sicher, und wir müssen damit rechnen, daß dort auch viel übelwollene und Rücksichtslosigkeit uns gegenüber vorhanden ist. Denn leider ist die Welt aus der letzten Katastrophe, aus dem Kriege, nicht gebessert hervorgegangen. Der großen Völkerfamilie ist darum von dem Geiste des Friedens und der Liebe eine gute Dosis mehr zu wünschen als sie besitzt.

Wenn nun die Weihnachtsglocken über deutsches Land und die Erde klingen, dann wollen wir der deutschen Not, aller Not unserer Mitmenschen heiß und tief gedenken und nach besten Kräften an der Beseitigung der Not und des Elends helfen. Hilfe, die wir leisten, aber muß und soll durchglüht sein von echt christlicher Liebe. In diesem Sinne feiern wir deutsche Weihnachten im Notjahr 1931.

Kritik und Schlußfolgerung.

Nachdem der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sofort nach Erscheinen der Notverordnung Stellung zu derselben genommen hat, behandelt in der neuesten Nummer des „Zentralblattes“ vom 15. Dezember der Vorsitzende Bernhard Otte in längeren Ausführungen die vom Standpunkte der Bewegung aus sich ergebenden Bedenken gegen die Notverordnung. Wir veröffentlichen hier den Teil des Artikels, der den Titel trägt: „Die letzten Reserven“, der sich kritisch mit der Notverordnung befaßt und die für die Bewegung notwendige Schlußfolgerung enthält.

Wir lesen da:

Kritik der Notverordnung.

Wer glaubt, die Notverordnung würde den Beifall aller Sozialreaktionäre finden, täuscht sich gewaltig. Ihnen geht der Eingriff in die Sozialpolitik noch nicht weit genug, und vor allem paßt es ihnen gar nicht, daß die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, das Schlichtungsverfahren und die Verbindlicherklärung erhalten geblieben sind. Ihr Kampf geht grundsätzlich „gegen das System und gegen die Gewerkschaften“. Schutz des Staates für Landwirtschaft, Innungen, Kartelle usw., für Eigentum und Besitz ist für sie eine Selbstverständlichkeit, nicht aber der soziale Schutz für diejenigen, die

am meisten des Schutzes und der Hilfe bedürftig sind. Es sind dieselben Kreise, die bei den letzten Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages kaum Interesse für die Hilfsmaßnahmen zugunsten der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger an den Tag legten, sich aber schüßend vor die Interessen der Grosspensionäre stellten. Dieselben Kreise, deren Denken und Gesinnung kürzlich in einem Artikel des „Berliner Lokal-Anzeigers“ dahin Ausdruck gegeben wurde, daß die Wirtschaft keine weitere Belastung „durch die Sozialpolitik des Marxismus, der immer noch seine zahlenden Mitglieder von dem Allgemeinlos der Nation, des Mittelstandes, der Landwirtschaft, des Unternehmertums, der freien Berufe und des Kleinbürgertums durch Privilegienwirtschaft seiner Gewerkschaften glaubt ausnehmen zu können“, vertrage. Danach geht es also den Erwerbslosen und Gewerkschaftsmitgliedern noch ausnahmsweise gut, und es paßt in die Geisteshaltung dieser Hege gut hinein, wenn in demselben Artikel die Ansicht übernommen wird, daß die Krankenkasse die Kranken „groß und fett“ mache, die Unfallversicherung Unfälle schaffe und noch arbeitsfähige Menschen nur darauf bedacht seien, aus der Invalidenversicherung eine Rente zu bekommen.

Wochenlang vor Erlaß der Notverordnung wurde die Reichsregierung unter Druck genommen, wurde ihr verstärkter Kampf angesagt und verlangt, daß sie sich von den Gewerkschaften lösen und die Bahn für einen antisozialen Kurs frei machen müsse. Lösung von der Sozialdemokratie und vom Marxismus ist die stets wiederkehrende Forderung. Unter Lösung vom Marxismus verstehen diese Kreise aber meist nichts anderes, als daß ein antisozialer Kurs gesteuert wird und die arbeitenden Volksschichten der Willkür ausgeliefert werden. Diesen Bestrebungen, gleichviel in welchen Formen wir ihnen begegnen, gilt der scharfe und unerbittliche Kampf der christlichen Gewerkschaften. Wir führen diesen Kampf zugleich im Interesse des gesamten Volkes, denn die Derwirklichung der vorhin gekennzeichneten Pläne müßte die Auflösung des staatlichen Gemeinschaftslebens und den Kampf aller gegen alle bedeuten. —

Weite Kreise lassen in ihrem Kampf gegen Sozialpolitik und Gewerkschaften die Sachlichkeit vollkommen vermissen. Besonders die Gewerkschaften sind nach dem Urteil der Extremen an allem Übel schuld. Sie sind schuld an der Krise, schuld an der Arbeitslosigkeit. Kurz, es gibt kein Übel, das die Gewerkschaften nicht verschulden. Und wenn es zu Weihnachten keinen Schnee gibt, werden die Gewerkschaften schuld daran sein. Besonders den alleinigen Inhabern der angeblich wahren nationalen Gesinnung haben es die Gewerkschaften angetan. Trotzdem sie (das gilt vor allem von den christlichen Gewerkschaften) im Laufe der letzten Jahre immer und nachdrücklicher gegen die Reparationen Stellung genommen haben, wird ihnen das Gegenteil vorgeworfen. Die letzte gemeinsame Stellungnahme aller Gewerkschaften am 5. Dezember d. J. gegen die Reparationen und gegen die Verwilderung der innerpolitischen Auseinandersetzungen wurde von reaktionären Blättern entweder gar nicht gebracht oder in einem versteckten Winkel, damit die gewerkschaftsfeindlichen Leser nur ja nicht davon erfahren. Kommunisten und radikal gewordene bürgerliche Literaten reichen den Reaktionären in der Bekämpfung der Gewerkschaften brüderlich die Hand. Während den letzteren die Gewerkschaften zu radikal, zu wenig nachgiebig und einseitig sind, liegt es bei den ersteren umgekehrt. In dem letzten Heft „Die Tat“ wird in einem Artikel von Curt Roderbourg, „Die Gewerkschaften in der Krise“, den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie sich mit der liberalkapitalistischen Ordnung abgefunden haben, und es wird ihnen deshalb der Untergang prophezeit. Um die Behauptungen zu beweisen, werden Äußerungen von Führern aus dem Zusammenhang gerissen und sogar entscheidende Zwischensätze weggelassen. All das wäre durchaus nicht tragisch zu nehmen, aber die sich sehr radikal gebärdenden Herrschaften, die sich um „Die Tat“ gruppieren, haben bis jetzt noch keinen positiven Vorschlag gemacht, welche Wirtschaftsordnung die jetzige ablösen und Besserung bringen kann. Es sei denn, daß sie Negation und Kritik mit der „Tat“ und mit positiven Vorschlägen verwechseln.

In dem Konglomerat der Meinungen, der innerpolitischen Auseinandersetzungen und der inneren Uneinigkeit ist die Leidenschaft weiter Kreise gegen Sozialpolitik und Gewerkschaften fast das einzig Konstante. Schon nach der Veröffentlichung der Richtlinien der Reichsregierung im Anschluß an die Beratungen des Wirtschaftsbeirats wurde die Regierung angegriffen, weil angeblich in der Sozialpolitik keine durchgreifenden Maßnahmen zu erwarten seien. Man erwartete von der Reichsregierung, daß sie ihre Hand zur Beseitigung des Tarifrechts, des Schlichtungsweusens usw. und in Konsequenz dessen zu einer ganz radikalen und einseitig in das

Belieben des Arbeitgebers gestellten Lohnsenkung bieten sollte. Daß die Notverordnung diesen radikalen Weg nicht beschritten hat, macht die Regierung in den Augen der Sozialreaktionäre schuldig, und sie muß nach ihrem Willen fallen. Kampf der Reichsregierung! schallt es nach der Notverordnung verstärkt aus verschiedenen Lagern. Die Notverordnung greift sehr tief in das Lebensrecht der einzelnen Volksschichten ein, sie verlangt schwere Opfer. Mit am schwersten sind die Arbeitnehmer betroffen. Aber am meisten revoltieren fast diejenigen, denen die Not noch nicht so stark auf den Nägeln brennt. Es schimpfen die Hausbesitzer, die Hypothekengläubiger, die Steuerzahler, die Beamten, die Händler, die die Preise senken sollen. Die von den Nationalsozialisten bereits stark verschluckten, schwankenden Parteien drohen der Reichsregierung mit Aufkündigung der Gefolgschaft.

Es ist notwendig, sich in diesem Durcheinander ein klares Urteil und eine nüchterne Einstellung zu den Vorgängen zu bewahren und sich von agitatorischen Schlagworten fernzuhalten. Als ob es eine Regierung gäbe, die solch harte und unpopuläre Maßnahmen gerne träge; als ob nicht die bittere Not gebieterisch ein Durchgreifen verlangt. Als ob Männer, wie Stegerwald und auch Brüning, die jahrzehntelang für die sozialen Belange der Arbeitnehmer gekämpft haben und die heute noch von den Scharfmachern bekämpft werden, etwa aus Lust am Abbau die Löhne kürzten oder die Soziallasten herabsetzten.

So liegt es nicht. Der Grund für alle Notwendigkeiten liegt zum großen Teil in internationalen Zusammenhängen. Zurzeit tagt der Sonderausschuß der Bank für internationale Zahlungen (B.I.Z.) in Basel. Hier wird die Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersucht. Die harte Notverordnung ist zugleich ein ernstes Signal für die Völker der Welt. Das Schicksal Deutschlands ist weithin auch das Schicksal anderer Völker. Bei aller Kritik an der Notverordnung sollten wir diesen Hintergrund der Dinge nicht übersehen.

Und wir?

Wir können nicht umhin, zu erklären, daß wir die Notverordnung in verschiedenen Teilen nicht billigen. Allzusehr trägt sie dem Abbauwillen derjenigen Kreise Rechnung, mit denen die Regierung auf Grund der gegebenen Verhältnisse leider rechnen muß. Wenn wir auch zugeben, daß Leistungen, die unter der Voraussetzung einer günstigen Entwicklung eingeführt waren, sich in Zeiten so anhaltender und schwerer Krise kaum halten lassen, so brauchte der Abbau doch die bereits am meisten Bedrängten nicht so hart zu treffen, wenn nicht durch eine verlogene und unverantwortliche Hege fast jede noch so notwendige und segensreiche Einrichtung in Mißkredit gebracht worden wäre. Wir müssen von der Regierung erwarten, daß sie hier recht deutlich einen Trennungsstrich zieht und sich nicht über eine Grenze drängen läßt, hinter der es nur mehr schärfsten Kampf auch unsererseits geben kann. Auf der anderen Seite müssen wir es aber ablehnen, einseitige Kritik zu üben. Das entspräche weder dem Ernst der Lage noch den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu rechnen hat. Nur dann, wenn wir den Willen haben, uns in dieser schweren Krisenzeit — trotz unvermeidlicher Rückschläge — zu behaupten, gewinnen wir auch wieder Neuland und behalten die Kraft, in besseren Zeiten Verlorenes wieder zu erobern.

Es erwachsen uns besonders in diesen schweren Zeiten große und bedeutende Aufgaben; Aufgaben, deren Erfüllung nicht allein eine Pflicht der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, sondern auch

Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit.

Denken wir über die Wirtschaft, und zwar über die private ebenso wie über die öffentliche, nicht nur güterökonomisch, sondern in voller Klarheit und Konsequenz zugleich menschenökonomisch und finanzsoziologisch, so enthält sich uns, daß zwischen Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit kein unaufhebbarer Gegensatz besteht, daß Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit, wie auch Sachlichkeit und Menschlichkeit vielmehr zwei Seiten eines und desselben sind, und daß sie sich wechselseitig um so mehr fördern, um so besser ergänzen, an einem je stärkeren und reicherem Gemeinwesen die Volkswirtschaft ihren unersetzbaren Rückhalt findet. Reich und stark wird aber nur ein Gemeinwesen, das seine wachsenden Einnahmen stets sozialproduktiver zu verwenden lernt.

Rudolf Goldscheid in „Finanzwissenschaftliche Untersuchungen“.

eine Pflicht im Dienste der Gesamtheit ist. Das vordringlichste ist, immer wieder Aufklärung über den tatsächlichen Stand der Dinge zu schaffen. Der Mangel an Aufklärung, an Einsicht in die volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge trägt dazu bei, daß Schlagworte und unsinnige Wirtschaftsprogramme zahlreiche Anhänger finden und die Verwirrung stets weiter zunimmt. Ferner gilt es, mit ganzer Kraft nach wie vor für den Wegfall der unsinnigen und untragbaren Reparationslasten und für eine die Wirtschaft belebende internationale Schulden- und Kreditregelung und für internationale Verständigung einzutreten. Hier liegt der mit Recht auch von der Reichsregierung immer wieder hervorgehobene Schwerpunkt der Weltwirtschaftskrise. Wir sind uns klar darüber, daß bei der Bedrängung der Selbstkosten der Lohndruck fürs erste noch nicht weicht. Um so mehr müssen wir mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß der Lohn nicht der Faktor bleibt, der in der Hauptsache der angegriffene Teil ist. Wir dürfen es als einen Teil des Erfolges unserer ständigen und zielbewußten Arbeit ansehen, daß die Notverordnung auch in bezug auf die Zinsen, Frachten, Preise usw. eine zielbewußte Senkungsaktion einschließt. Je mehr die Gestehtungskosten der Wirtschaft in den genannten Punkten eine Entlastung erfahren, kann der Lohndruck gemildert werden. Der Senkungsaktion mit zum Erfolg zu verhelfen, heißt, nicht nur den Reallohn möglichst erhalten, sondern auch den Lohndruck mildern. Besonders notwendig ist eine zielbewußte Mitarbeit auf dem Gebiete der Kostensenkung des täglichen Bedarfes. Vor allem unsere Kartelle müssen hier mitarbeiten. Mitarbeit ist tausendmal mehr wert als unfruchtbare Kritik. Wir sollen der Verzweiflungsstimmung, der Hoffnungslosigkeit begegnen. Aufmuntern und gegenseitig helfen, wo wir können. Immer wieder zeigt sich, wie groß und lebendig in unseren Kreisen der Wille ist, notleidenden Kameraden und Mitmenschen zu helfen. Im Rahmen der Christlichen Arbeiterhilfe ist in den letzten Monaten bereits viel segensreiche Arbeit geleistet worden. Diese Arbeit noch mehr zu verbreitern und zu vertiefen, ist in dieser Zeit der tausendfältigen Not und Sorge ein Gebot der Stunde.

Dann das Entscheidende! Kein Wanken und Schwanken in bezug auf die Treue zur Gewerkschaft! Es ist gewiß in Zeiten, wo es abwärts geht, schwerer treu zur Gewerkschaft zu stehen, als in Zeiten, in denen es aufwärts geht. Zu bedenken bleibt aber, daß die Dämme, die gegen ein allzu tiefes Absinken noch bestehen, vollkommen einbrechen, wenn die Gewerkschaften keine Kraft mehr einsetzen können. Krisen früherer Zeiten, in denen gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Schutz fehlten, lehren uns, daß die Last in erster Linie auf die

Arbeiter abgewälzt wurde, und daß die Löhne um etwa 50 Prozent sanken. Was verbirgt sich denn im Grunde genommen hinter dem starken Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen das Tarifrecht, gegen Schlichtungswesen und Verbindlicherklärung anderes als der Wille, einen Zustand herbeizuführen, in dem in dieser Krisenzeit die Löhne und die Arbeitsbedingungen einseitig nach dem Willen des Arbeitgebers festgesetzt werden können. Die Notverordnung stellt die Gewerkschaften gerade in allernächster Zeit vor schwere Verhandlungen und Streitfragen um die Gestaltung der Tarifverträge. Es ist nicht allein das Maß der Preisenkung, das bei der Lohnbemessung zu berücksichtigen ist, sowie die Lohnhöhe eines zurückliegenden Zeitpunktes, sondern auch die Auflockerung der Tarife selbst. Die räumliche Abgrenzung der Bezirke, die Berücksichtigung branchenmäßiger Unterschiede, die Einschaltung von Ortsklassen werden bei den späteren Verhandlungen eine wesentliche Rolle spielen. Hier bedarf es nicht nur entsprechender Vorbereitungen und Überlegungen seitens der Verbände, sondern auch des Einsatzes der ganzen Kraft und Geschicklichkeit bei den Verhandlungen selbst, um das Richtige zu treffen. Treue zur Bewegung, Stärkung der Reihen, bleibt also auch schon im Hinblick auf diese Fragen eine Notwendigkeit, deren Verankerung sich an der Arbeiterschaft selbst rächen muß.

Die christliche Arbeiterbewegung steht zugleich in einem gewaltigen Kampfe, der ausgetragen wird um die Neugestaltung der Wirtschaft und des Wirtschaftsraumes. Aber nicht allein um Formen und Änderung der Zustände schlechthin handelt es sich, mehr noch handelt es sich in dieser Zeit, in der viele, die früher auf wirtschaftlicher Höhe standen und jetzt nach dem Absturz ohne inneren Halt zum Selbstmord greifen, darum, ob die sittlichen und ethischen Kräfte neugestaltet und entfaltet werden. Solange die Welt und die Wirtschaft beherrscht sind von einem Geist, der sich stärkstens in Machtmißbrauch, Haß, Zwietracht, Egoismus und Mangel an Gemeinheitsgeist äußert, ist schwer eine Gesundung möglich. Der Kampf einer Bewegung, deren Arbeit auf christlichen Grundätzen basiert, muß zugleich ein Kampf sein und ist zugleich ein Kampf um Geistes- und Gesinnungsenergie. Wenn nicht aus diesen Tiefen stets neue Kraft gewonnen wird, sind die letzten Reserven unseres Volkes schnell verbraucht. Aus dieser Erkenntnis gilt unsere Arbeit der Neugestaltung der Dinge.

Die unkämpfte Notverordnung sollte Mahnung und Anlaß zu erneuter Kraftentfaltung sein. Nur dann wird nicht die letzte Reserve allzubald verbraucht sein, sondern, auf weitere Sicht gesehen, eine bessere Zukunft winken.

Gedanken um das Notprogramm.

Zum vierten Male ist dem deutschen Volke, insbesondere der Arbeiterschaft vor wenigen Tagen eine Fülle von neuen Lasten und gewaltigen Entbehrungen zubiktiert worden. Zum vierten Male versucht die Reichsregierung, nach einem bisher wirkungslos gebliebenen Rezept der schwersten aller Wirtschaftskrisen zu Leibe zu gehen. Und zum vierten Male heißt es wieder, daß dieses Notgesetz das letzte sei, und die Grenze dessen, was man dem Volke an Entbehrungen zumuten könne, erreicht sei. Dasselbe hat uns die Reichsregierung vor genau einem halben Jahre in ihrem Aufruf zur Juni-Notverordnung feierlich erklärt. Ähnliche Versicherungen hörten wir seit Beginn des Brüningprogramms von allen Reichsministern immer wieder. Es ist schwer, den jüngsten Versprechungen nach den vielen, schweren Enttäuschungen zu glauben. Trotz dieser Bedenken sind auch wir jetzt der Ansicht, daß mit der Dezembernotverordnung der Schlüsseltrieb unter ein gewaltiges und gewagtes Experiment gezogen werden muß, daß es nach diesem „Letzten“ nur noch ein Entweder-Oder, Erfolg oder Zusammenbruch geben kann. Denn mehr, als uns jetzt zugemutet wird, kann aus den Massen des Volkes nicht herausgepreßt werden. Schon jetzt, vor der Lohnkürzung leiden große Teile der Arbeiterschaft, vor allem die Arbeitslosen buchstäblich Hunger und Not. Und die noch Arbeitenden stehen fast ausnahmslos seit langem an der Grenze des Existenzminimums. Bringt auch dieses „Letztes Programm“ in absehbarer Zeit keinen Erfolg, dann gibt es auf dem bisher beschrittenen Wege überhaupt kein Weiterkommen mehr.

Wenn man unter diesem Gesichtswinkel die Notverordnung als Ganzes auf sich wirken läßt, dann stößt man auf die wichtigste Frage: Welche Aussicht auf Erfolg ist gegeben? Bei den verschiedensten Gelegenheiten hat die Arbeiterschaft immer wieder betont, daß

sie auch die schwersten Opfer in einer vorübergehenden Notzeit tragen will, wenn ihr nur die Aussicht auf Erfolg und die Garantie gegeben wird, daß die Entbehrungen und Lasten gleichmäßig auf alle Kreise des Volkes verteilt werden. Leider entspricht auch die letzte Notverordnung diesen Erwartungen nicht. Wenn auch die Reichsregierung in einem gleichsam heroischen Glauben trotz aller bisherigen Fehlschläge von der Richtigkeit und Wirksamkeit ihres Programms überzeugt ist, so halten wir uns als Vertreter der Arbeiterschaft für verpflichtet, auf ernste Bedenken aufmerksam zu machen, um Enttäuschungen mit ihren katastrophalen Wirkungen zu verhüten. Der unentwegte Glaube, welcher am eindrucksvollsten in der Rundfunkrede des Reichskanzlers zum Ausdruck kam, scheint uns weniger aus wirtschaftlichen Erwägungen als aus politischer Zweckhaftigkeit geboren.

Die größte Tragik unserer Not liegt darin, daß wir es nicht allein mit einer wirtschaftlichen, sondern zugleich auch mit einer lebensgefährlichen politischen Krise zu tun haben. Wie eine Schraube ohne Ende wächst mit dem Zunehmen der wirtschaftlichen Not auch die politische Gefahr. Ohne Beruhigung der politischen Verhältnisse kann die Wirtschaftskrise nicht beseitigt werden. Und ohne Behebung der allgemeinen Not ist an ein Abflauen des staatsgefährlichen, politischen Radikalismus nicht zu denken. Diese gleichsam naturgesetzliche Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft macht es fast unmöglich, aus den steigenden Gefahren herauszukommen. Mit allen wirtschaftlichen Zwangs- und Notmaßnahmen schafft sich die Regierung immer neue politische Gegner; und mit dem sprunghaften Steigen der radikalen Flügelparteien wird das Vertrauen des In- und Auslandes zur deutschen Wirtschaftskraft immer weiter untergraben. So war es im letzten Jahre, so wird es auch in Zukunft

bleiben. Heute wissen wir es noch nicht, wie groß die Zahl derjenigen ist, welche durch die jetzigen Notmaßnahmen mit ihrer Existenzgrundlage ihr ganzes Hab und Gut verlieren. Zweifellos werden es vor allem in der Arbeiterschaft und im gewerblichen Mittelstande Massen sein, ein neues Heer von Verzweifelden, welches mit Recht und Unrecht die politische Führung für das Furchtbare ihres persönlichen Geschickes verantwortlich macht. Vergeblich wird man diesen Krisenopfern zurufen: Haltet die Nerven im Zug!; auch die beste Organisation wird sie nicht bei der Stange und ruhig halten können. Hunger und Not treiben auch die Charaktervollsten unter ihnen zur Verzweiflung, zu radikalen Ideen und schließlich auch Taten.

Diese gleichsam automatischen Wechselwirkungen muß man sich klar vor Augen führen, wenn man erkennen will, wie schwer und gefährlich es für die Führung und das Volk ist, auf dem von der Reichsregierung seit mehr als einem Jahre beschrittenen Wege aus der Not und Krise herauszukommen. Gewiß liegt in der Kosten- und Preisenkungspolitik ein richtiges, wahrscheinlich sogar das einzig mögliche Grundziel. Fraglich ist es jedoch, ob sich die wirtschaftlichen Vorteile bei dem steigenden politischen Druck überhaupt noch auswirken können. In den bisherigen Stadien mußten wir es doch immer wieder erleben, daß sich die Krise trotz aller Kostenenkungen immer weiter zuspitzte. Allein schon diese Erfahrung läßt die wirtschaftliche Erfolgchance der jetzigen Notverordnung dunkel und ungewiß erscheinen. Bei aller Anerkennung, ja Bewunderung des heldenhaften Mutes unserer jetzigen Reichsregierung kommen wir von der Überzeugung nicht los, daß sich das Wirtschaftselend besser auf eine andere, weniger schmerzliche und — wenigstens den Massen gegenüber — weniger rigorose Weise beheben läßt.

Sucht man in der Dezembervotverordnung die Verwirklichung des seit Monaten mit den größten Erwartungen verfolgten „Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung“, dann kann man nur zu dem einen Ergebnis kommen, daß es unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Interessen und Spannungen im gegenwärtigen Deutschland kein einheitliches Wirtschaftsprogramm gibt. Daran ändert auch nichts die Versicherung des Reichsfinanzministers in seinen Rundfunk-Erläuterungen, daß man in der Notverordnung die Wirtschaftsprobleme „konsequenterweise“ an allen Punkten angepackt habe. Richtiger spricht das „Berliner Tageblatt“ von einem „gesetzgeberischen Sammelsurium, in dem die verschiedenartigsten Bestandteile zusammengebacken worden sind“. Eine auch nur oberflächliche Wertung der Einzelmaßnahmen zeigt, daß sie wirtschaftlich ganz verschieden, zum großen Teil sogar gegensätzlich wirken. Diese Feststellung ist nicht allein aus psychologischen Gründen für die Stoßkraft des Notprogramms von allergrößter Bedeutung. Monatelang hat die Reichsregierung mit ihrer Propaganda für ein einheitliches Wirtschaftsprogramm im ganzen Volke die größten Hoffnungen erweckt. Allgemein wartete man auch in der Arbeiterschaft auf die Verwirklichung der Ankündigungen, daß endlich der kranke Wirtschaftskörper von sachkundigen Ärzten mit den besten Heilmitteln behandelt werden würde. Und wenn es sich auch im Sommer um eine Radikalkur von nie erlebten Ausmaßen gehandelt hätte, In- und Ausland versprochen sich viel von einem einheitlichen Vorgehen. Von Monat zu Monat hinausgeschoben sehen wir mit der Dezembervotverordnung jetzt, daß sich die Reichsregierung nicht zu einem einheitlichen Programm entschließen konnte, daß es vielleicht überhaupt kein „Wirtschaftsprogramm“ gibt, welches Deutschland isoliert von den Wirkungen der Weltkrise befreien kann. „Es gibt nur einen steinigen Weg, der mutig und schrittweise planvoll zurückgelegt werden muß.“ Mit diesen Worten hat uns der Reichskanzler schon im Oktober in seiner Reichstagsrede gleichsam das Motto zu den Leitsätzen des Wirtschaftsbeirates und ihrer Verwirklichung in der neuen Notverordnung vorgezeichnet. Alles, was die Reichsregierung mit ihren wirtschaftlichen Notmaßnahmen bisher getan hat, konzentriert sich auf den Versuch, gegen den Einbruch der Katastrophe feste Dämme aufzurichten. Vielleicht ist gegenwärtig auch nichts anderes mehr möglich, als durch unermüdete Kleinarbeit das Schlimmste zu verhüten. Mit Recht hat der Reichskanzler wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren unendliche Fehler und Versäumnisse zuschulden kommen lassen hat. Wären sie unterblieben, hätte Deutschland rechtzeitig seine große Finanzreform gemacht und einen richtigen Kurs in seiner Kartell- und Preispolitik gesteuert, dann wäre Deutschland nach Frankreich wahrscheinlich jetzt das Land gewesen, welches gegen die Stürme der Weltkrise am stärksten gefeit gewesen wäre. Das ist vorbei. Jetzt mitten im Sturm lassen sich die Fehler und Versäum-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 20. Dezember bis 26. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

Umtausch vollgelebter Mitgliedsbücher.

Die Einsendung vollgelebter Mitgliedsbücher soll erfolgen für die Gaubezirke:

Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,
Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.
Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

Achtung Jahresluß! Abrechnungen vorbereiten und fertigstellen.
Die pünktliche Einsendung ist Beweis für ordnungsmäßige Verwaltung in den Zahlstellen!

Unser Taschenbuch für 1932

ist erschienen. Neben dem selbstverständlichen Kalendarium enthält dasselbe äußerst wichtige Abhandlungen über „Wirtschaftskrise und Verband“, Zahlstellen und Mitgliederbewegung, Rechtschutzfähigkeit unseres Verbandes, die Arbeitslosigkeit im Verbands- und Verbandsunterstützungen. Statistische Angaben über den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund runden den gewerkschaftlichen Teil des Jahrbuches glücklich ab. Ein weiteres wichtiges Kapitel heißt „Aus dem Arbeitsrecht“ und behandelt täglich vorkommende Rechtsfragen. Zur schnellen Information der Mitglieder über rechtliche Zweifelsfragen dürfte gerade dieser Teil sehr viel beitragen. Sonstige Wissenswerte Angelegenheiten, Postabellen, Maße und Gewichte, Anschriftenverzeichnis machen das Taschenbuch zu einem unentbehrlichen Begleiter der Verbandskollegen.

Das Taschenbuch kostet trotz des reichhaltigen Inhalts für Verbandsmitglieder nur 0,50 RM. Bestellungen, besonders auch Sammelbestellungen seitens der Zahlstellen, sind unverzüglich an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes zu richten.

nisse eines Jahrzehnts nicht mit einem Schlage „programmmäßig“ gutmachen.

Obwohl wir mit vielen Maßnahmen der Reichsregierung nicht einverstanden sind, sei diese Tatsache mit aller Schärfe und Eindeutigkeit auch in diesem Zusammenhange festgestellt. Genährt von der krassen Unbildung in wirtschaftlichen Dingen, die gerade in der jetzigen Notzeit das geistige Gemeingut aller Parteien und Klassen zu bilden scheint, hat sich in breiten Schichten der Öffentlichkeit der Glaube eingenistet, daß die Erlösung des deutschen Volkes aus der Wirtschaftsnote vom guten Willen der Reichsregierung abhängig sei. Das ist wirtschaftlicher Unsinn, und bei dem Wust der verschiedenartigen Heilungsrezepte ist man überrascht, daß es im „Dolke der Dichter und Denker“ noch vernünftige Leute gibt, die an einen derartigen Dilettantismus glauben. Bei der Verschiedenartigkeit der elementaren Interessen und Nöte gibt es keine im Eiltempo wirkende Patentlösung, wenigstens nicht bei Aufrechterhaltung unseres jetzigen Wirtschaftssystems. Der Kommunismus würde aber die Massennot weit über das russische Vorbild vergrößern, weil Deutschland sich nicht eine derartige Verschwendung erlauben kann wie das mit Naturschätzen übersättigte Rußland. Und was wir von einem nationalsozialistischen Experiment zu erwarten haben, davon geben uns die heftigen Dokumente eine kleine Vorstellung. Gewiß kann man durch Todesstrafen und „Köpfe-Rollen“ unendlich viele Menschenleben vernichten; ob man auf diesem Wege ein „Volk ohne Raum“ ernähren kann, das ist kaum noch eine Frage. Aus einer Gerichtsverhandlung in Warschau sind wir bekanntgeworden mit einer interessanten Begebenheit, die so recht die Mentalität des Diktaturregimes kennzeichnet. Als Zeuge hat ein hoher polnischer Offizier ausgesagt, daß er vor längerer Zeit vom Präsidenten der Republik beauftragt sei, die polnische Währung zu schützen. Zu diesem Zwecke habe er sich, umgeben von aufgepflanzten Seitengewehren, zum Präsidenten der politischen Reichsbank begeben und das Reichsbankgebäude unter militärischen Schutz stellen lassen. Auch der Nichtwirtschaftler wird einsehen, daß eine derartige Schutzpolitik wirtschaftlich glatter Unsinn ist. Allem Anschein nach wollen sich die Maulhelden des dritten Reiches eine solche blödsinnige Methode zu

eigen machen. Wir sollten Gott danken, wenn wir vor diesem Experiment verschont blieben! Von den umstürzlerischen Radikallösungen der beiden Flügelparteien abgesehen läßt sich kein anderes „Wirtschaftsprogramm“ durchführen. Mit ihrer unvorsichtigen Propaganda hat die Reichsregierung im ganzen Volke Hoffnungen erweckt, die keine Regierung jemals erfüllen kann. Und jetzt wurde sie übermannt von der voraussehbaren Gefahr, daß sie die Gefangene dieser Illusion wurde und sich unter dem Drucke der öffentlichen Meinung zu Schritten verleiten ließ, welche die Katastrophe verschärfen, statt sie überwinden.

Hinter den verschiedensten Einzelmaßnahmen steht wieder als Leitgedanke die Anpassung Deutschlands an das Kosten- und Preisniveau der Weltwirtschaft. Diese Absicht der Reichsregierung war uns aus allen bisherigen Notverordnungen ebenso bekannt wie die Erfahrung, daß die gute Absicht der Regierung im Wirtschaftsleben nur einseitig durchgeführt wurde. Genau vor einem Jahre begann das erste Lohn- und Preisenkungsprogramm, von dem nur die Lohnsenkung übriggeblieben war. Im Laufe dieses Jahres erlebten wir verschiedene Lohnsenkungswellen, aber auf eine Angleichung der Preise warteten wir vergebens. Jetzt endlich scheint die Regierung auch mit der Preisenkung ernst machen zu wollen. Alles, Löhne und Preise, soll in kürzester Frist um 10% herabgesetzt werden. Für die Löhne heißt das die vierte oder fünfte Senkung im Laufe eines Jahres. Bei vielen Preisen ist es vielleicht die erste wirksame Herabsetzung. Durch die Vorleistungen der Arbeiter- und Angestellten-Schaft ist das Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz empfindlich gestört; es bessert sich nicht, auch wenn man annimmt, daß jetzt alle Preise in Höhe von 10% wirklich herabgesetzt werden. Höchstens kann es beim jetzigen Zustande bleiben. Aber es ist noch sehr fraglich, ob überhaupt das ganze Preisniveau gleichmäßig für die Dauer sinkt. Wahrscheinlicher ist, daß wieder einmal von den Lohn- und Gehaltsempfängern ein Mehr verlangt wird. Darauf weist allein schon die Verdoppelung der Umsatzsteuer hin, die sich in vielen Quoten gleichsam lawinenartig in den Preisen wiederfindet. Man braucht auch nur an Veränderungen in den Weltmarktpreisen zu denken, um zu erkennen, daß die Aussichten hinsichtlich der Preisenkung nicht allzu rosig sind. Und darin liegt die Haupt Sorge der Arbeiterschaft. Gelingt es der Reichsregierung nicht, Lohn- und Preisenkung in gleicher Höhe zu halten, dann müssen wir mit einem weiteren Ausfall von Massenkaufkraft rechnen. Und das führt automatisch wieder einerseits zu Kosten- und Preissteigerungen, andererseits zu weiteren Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit. Und an eine Angleichung an das Weltkostenniveau ist so lange nicht zu denken als die wichtigsten Lebensmittelpreise auf einem Diesfachen der Weltmarktpreise durch den Zollschutz gehalten werden. Immer mehr zeigt es sich, daß der Agrarschutz jeder Krisenlösung im Wege steht. Solange der deutsche Arbeiter für seinen Lebensbedarf ein Mehrfaches seiner ausländischen Kollegen bezahlen muß, solange kann er auch nicht zu Weltmarktlöhnen arbeiten, solange kann das deutsche Kostenniveau niemals den Weltmärkten angepaßt werden. Professor Dessauer berechnet die Kosten des Agrarschutzes auf 2½ bis 3 Milliarden Reichsmark jährlich, eine Summe, die in den Preisen hauptsächlich von den Massen des Volkes aufgebracht werden muß. Häufig wurde an dieser Stelle aufgezeigt, daß der Agrarzoll der Angelpunkt unserer ganzen Krise bildet, daß nur auf diesem Wege die Lösung gefunden werden kann. Mit ihrer Preisenkung ist die Regierung auf halbem Wege stehen geblieben. Wir hoffen, daß sie das Veräumnis baldigt nachholt. Andernfalls können wir uns eine heilende Wirkung der Notmaßnahmen kaum vorstellen. S.

Rundschau.

Evangelische Arbeiterbildung. Ein dreiwöchiger Lehrgang für jüngere evangelische Arbeiter bei der Evangelisch-sozialen Schule ist soeben zu Ende gegangen. Die Mehrzahl der Teilnehmer war erwerbslos; zum Teil hatten sie bereits in den Arbeitslagern der Evangelisch-sozialen Schule mitgearbeitet und kehrten dorthin oder in die Arbeitsdienstgruppen der Schule zurück.

Der nächste Drei-Wochen-Lehrgang für evangelische Arbeiter ist für die Zeit vom 1. bis 21. Februar 1932 vorgesehen. Auch in ihm werden die Teilnehmer wieder in die Fragen der Weltanschauung, der Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung eingeführt sowie insbesondere in die gesetzlichen Grundlagen und praktischen Erfordernisse des freiwilligen Arbeitsdienstes und der neuen Stadtverandsiedlung.

Auskunft erteilt die Evangelisch-soziale Schule, Spandau, Johannesstift.

Entscheidend. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb gelegentlich der Würdigung der Leitsätze des Wirtschaftsbeirates zum Schluß die folgenden Sätze:

Von entscheidender Bedeutung wird aber nun das am unmittelbarsten Praktische sein: ob die Regierung in der Lage sein wird, ihr Versprechen wahrzumachen, daß eine Senkung der Löhne nicht ohne eine entsprechende Herabsetzung der Preise in Frage kommen werde. Man kann über den Stand der Löhne und der Gehälter nicht mit einem Satz urteilen, denn sie sind verschieden. Aber heute muß denn doch anerkannt werden, daß man weithin an der Grenze des überhaupt Möglichen angelangt ist, so daß eine Lohnsenkung ohne entsprechende Preisenkung katastrophale Folgen hätte. Der Vorschlag, eine künftige Gewinnbeteiligung als Ausgleich für Lohnausfall anzubieten, wäre durchaus keine Entschädigung. Wechsel auf die Zukunft werden, wie man weiß, leicht dubios. Dazu kämen auch noch alle die Fragen, die sich bei dem Problem der Gewinnbeteiligung erheben. Vor allem aber, die Arbeiter und die Angestellten sollen ja nicht nur in späteren Jahren, sondern auch heute leben. Von einer Beteiligung, die bei allgemeiner Rentabilität einträte, können sie sich heute kein Brot kaufen.

„Die Güterverteilung in der Wirtschaft.“ Auf einer Veranstaltung der Schutzgemeinschaft der Großbetriebe des Einzelhandels und verwandter Gruppen sprach Professor Dr. v. Nell-Breuning S. J. über: „Die Güterverteilung in der Wirtschaft.“ Er beleuchtete die allgemeinen Aufgaben des Kaufmanns als des Mittlers zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher. Besonders in jüngster Zeit, bei der lebhaften Erörterung der Probleme Autarkie und Weltwirtschaft sei die Wichtigkeit der Verteilungsfunktion erneut klar geworden. Die Frage, ob man den mittelständlerischen Einzelhandel, den kapitalistischen Großbetrieb oder die Konsumgenossenschaft für die Güterverteilung vorziehen sollte, entschied der Redner dahin, daß nicht eine Form schlechthin die beste sei. Bei möglicher Rationalisierung müsse man vielmehr die für die Volksgesamtheit wirtschaftlich beste Form erstreben. Die Gewerkschaft sei der Regler der Wirtschaft. Sie sei der Wegbereiter einer organischen Wirtschaftsordnung und bewahre auch in der geordneten Wirtschaft ihre Stellung als Garant der Ordnung. So sei auch der Konsumverein, die organisierte Verbraucherschaft, der Regler des Handels. Alle Arten der Verteilung hätten ihre Berechtigung, und zur Erlangung der volkswirtschaftlich besten Form seien sie wechselseitig aufeinander angewiesen.

Einfuhr-Schwindel. Die Aachener Presse berichtet über folgenden Fall der Geschäftemacherei mit Einfuhrscheinen:

„Einem groß angelegten Betrug kam die hiesige Zollbehörde auf die Spur. Dem Zollamt am Bahnhof war durch die Güterabfertigung ein Waggon zugeleitet worden, der mit Weizen beladen war und mit dem Anspruch auf Erteilung eines Ausfuhrscheines abgefertigt werden sollte. Nach den Anmeldepapieren, die dem Frachtbrief beilagen, sollten in dem Waggon 94 Sack Weizen mit einem Gesamtgewicht von 9100 Kilo sein. In den Begleitspapieren war ausdrücklich versichert, daß es sich um Waren deutschen Ursprungs handle und das Getreide von guter handelsüblicher Qualität sei. Bei der Revision wurde aber festgestellt, daß der Waggon 94 Sack enthielt, von denen nur 12 mit Weizen gefüllt waren, während die restlichen 82 Sack Aschenschlacken enthielten. Ein Sack Getreide war mit anderen Getreidearten vermischt. Bei einem Teil der 82 Sack Aschenschlacke befand sich auf der Oberfläche eine dünne Schicht Weizen, um den richtigen Inhalt zu verschleiern. Der Wareninhalt wurde vorläufig beschlagnahmt.“

Man schiebt also Aschenschlacke nach dem Ausland, deklariert diese als Weizen, bekommt dann den Anspruch auf Erteilung eines Einfuhrscheines und damit Berechtigung zur zollfreien Einfuhr derselben Menge Weizen! Gewissenlosler könnte eine zum Schutz der heimischen Erzeugung geschaffene Einrichtung gar nicht ausgenützt werden.

Die internationale Goldbewegung. In der internationalen Goldbewegung hat in letzter Zeit ein beachtenswerter Umschwung Platz gegriffen. Im Anschluß an die Abkehr Englands von der Goldwährung waren bekanntlich die Goldreserven der Vereinigten Staaten einem bis etwa Ende Oktober anhaltenden starken Ansturm von seiten europäischer Zentralnotenbanken ausgesetzt, der den amerikanischen Bundesreservebanken einen Goldverlust von insgesamt

748 Millionen Dollar bereitet hatte. In den letzten Tagen des Oktobers sind die Goldabzüge aus den Vereinigten Staaten jedoch zum Stillstand gekommen, und seitdem hat Amerika eine fortgesetzte Vermehrung seiner Goldreserven zu verzeichnen. Die Goldbestände der zwölf Bundesreservebanken haben sich seit Ende Oktober um rund 204 Millionen Dollar erhöht, so daß Amerika bereits einen namhaften Teil seiner vorausgegangenen Goldverluste wieder wett gemacht hat.

Neben den Vereinigten Staaten konnten im November auch diejenigen europäischen Länder, die im Anschluß an den Kurssturz des englischen Pfundes in U. S. A. als Goldkäufer auftraten, teilweise in erheblichem Umfange weiter Gold thesaurieren. Das trifft insbesondere für Frankreich zu. Der Goldbestand der Bank von Frankreich ist seit Ende Oktober weiter um 155 Millionen Dollar gestiegen und hat damit seit Mitte September dieses Jahres eine Zunahme um insgesamt 364 Millionen Dollar auf 2660 Millionen Dollar aufzuweisen.

Auch Holland konnte im November seinen Goldbestand um 27 Millionen Dollar vermehren, so daß die Niederländische Bank nunmehr über einen seit Mitte September um 96 Millionen Dollar auf 363 Millionen Dollar gestiegenen Goldvorrat verfügt.

Die Goldzufuhr nach der Schweiz hat dagegen nach einer in der Zeit von Mitte September bis Ende Oktober verzeichneten Zunahme der Goldreserven der Nationalbank um 188 Millionen Dollar neuerdings fast ganz aufgehört. Im November haben sich die Goldbestände der Schweizerischen Nationalbank um nur 3 Millionen Dollar auf 425 Millionen Dollar erhöht.

Von neuen Goldverlusten wurden demgegenüber in letzter Zeit

hauptsächlich Japan, Großbritannien und Deutschland betroffen. Allein in den Vereinigten Staaten sind, amerikanischen Angaben zufolge, seit den letzten Tagen des Oktobers aus Japan Goldsendungen im Gesamtbetrage von etwas mehr als 90 Millionen Dollar eingetroffen, wobei noch erwähnt werden muß, daß Japan auch schon vorher bedeutende Goldmengen nach Amerika verschifft hatte. Die großen Verschiffungen der jüngsten Zeit dürften in gewissem Sinne mit den Verwicklungen in der Mandschurei zusammenhängen. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache von Interesse, daß China ebenfalls Gold nach den Vereinigten Staaten — im November insgesamt 6½ Millionen Dollar — verschifft hat.

In Europa hatte in letzter Zeit Großbritannien einen besonders schweren Goldverlust zu verzeichnen. Der Goldbestand der Bank von England hat seit den letzten Tagen des Oktobers in Auswirkung der Abdeckung der bei der Neuporker Bundesreservebank aufgenommenen Kredite eine Abnahme um 75 Millionen Dollar erfahren.

Die Goldreserven Deutschlands sind seit Ende Oktober weiter um 33 Millionen Dollar und damit seit Mitte September um insgesamt 88 Millionen Dollar auf 239 Millionen Dollar zusammengeschrumpft. Goldverluste haben in Europa seit Ende Oktober in nennenswertem Umfange ferner noch Dänemark (rund 6 Millionen Dollar) und Schweden (2 Millionen Dollar) zu verzeichnen.

Außerdem wurden auch in verschiedenen überseeischen Ländern Goldabzüge hauptsächlich von Seiten Amerikas vorgenommen. So hat beispielsweise Kanada seit Ende Oktober an die Vereinigten Staaten etwas über 6 Millionen Dollar Gold, Indien 4,5 Millionen Dollar, Columbien 2 Millionen Dollar und Australien rund eine Million Dollar abgegeben.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die Sozialwahlen für 1932 vertagt.

Der sechste Teil, Kapitel 2 der Notverordnung enthält Vorschriften über die Aussetzung im Jahre 1932 fällig werdender sozialer Wahlen. Die Notverordnung selbst zählt die einzelnen Körperschaften (Betriebsräte, Körperschaften der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes und des Schwerbeschädigtengesetzes), für die eine Aussetzung von Sozialwahlen in Frage kommt, auf, ohne im einzelnen selbst die Ver tagung anzuordnen. Dieses Recht wird der Reichsregierung übertragen. Sie kann bestimmen, für welche Körperschaften die Wahlmitglieder im Jahre 1932 ohne Neuwahl im Amte bleiben. Von besonderer Bedeutung ist diese Vorschrift für die im Jahre 1932 fällig werdenden Wahlen von Vertrauensmännern zur Angestelltenversicherung, ferner für die Betriebsrats- und Betriebsrats-Aufsichtsratswahlen, die an sich alljährlich durchzuführen sind.

Unberücksichtigt von dem Eingriff der Notverordnung in die Amtszeit der Betriebsratsmitglieder bleiben jene Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, die eine Ergänzungswahl nach § 44 Abs. 4 B.R.G. oder eine Neuwahl des gesamten Betriebsrates wegen Sinkens der Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder und der Erksamglieder unter die vorschriftsmäßige Zahl (§ 4 Abs. 1) oder bei Rücktritt des gesamten Betriebsrates (§ 42 Abs. 1) oder nach erfolgter Amtsenthebung (§ 41) notwendig machen. Unberührt bleiben auch die Vorschriften des § 23 B.R.G. über die Bestellung eines Wahlvorstandes zur Durchführung solcher Ergänzungswahlen oder Neuwahlen, wie sie als Folge des Sinkens der Betriebsratsmitglieder unter die erforderliche Zahl oder wegen Rücktritts des ganzen Betriebsrats oder nach Amtsenthebung, bei der Neuerrichtung von Betriebsräten für Betriebe, die bisher noch keine Betriebsvertretung hatten, oder für die seit einiger Zeit, z. B. wegen Absinkens der Belegschaftszahl unter die nach §§ 1 und 2 B.R.G. erforderliche Anzahl von Arbeitnehmern, erforderlich wird.

Die Notverordnung greift also, soweit sie sich mit der Amtszeit von Betriebsratsmitgliedern beschäftigt, nur in das sich aus § 18 B.R.G. ergebende Recht ein, das die Amtszeit der Betriebsräte auf ein Jahr festsetzt. Alle übrigen Vorschriften des Gesetzes, die sich aus anderen Gründen mit notwendig werdenden Neuwahlen beschäftigen, bleiben dagegen unberührt.

Die Betriebsräte im Jahre 1931. Die Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen, die alljährlich stattfinden, werden allseitig beachtet. Und das mit Recht! Die Wahlen spiegeln die Auffassung der Arbeitnehmer, ihre Stellung zu den Betriebsrätegedanken und zu

den Gewerkschaften wider. Die diesjährigen Betriebsratswahlen, deren Ergebnis jetzt vorliegt, sind besonders ausschlusreich. Die große Wirtschaftsnot, die enorme Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die nicht endenwollenden Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen zehren an der Widerstandskraft und der besonnenen Haltung der Arbeitnehmer im Betriebe. Der Radikalismus, der diese Wirtschaftsnot weidlich ausnutzt, versuchte mit allen Mitteln auch in die Betriebsvertretung einzudringen, sie zu radikalisieren und zu politisieren.

Um so erfreulicher ist es, das zeigt der Ausgang der diesjährigen Wahlen, daß die Belegschaften verantwortungsbewußte Gewerkschaftsarbeit bejahen und dem Radikalismus erheblichen Widerstand entgegensetzen. Die christlichen Gewerkschaften konnten trotz der Anstrengungen des Radikalismus und der enormen Belegschaftsverminderungen noch Erfolge aufweisen und die Zahl ihrer Betriebsratsmitglieder vermehren. So steigerten sie ihre Stimmen gegenüber dem Vorjahre von 7,2 Prozent auf 7,9 Prozent der Gesamtstimmenzahl, so daß die christlich-nationalen Gewerkschaften in diesem Jahre in ihren Reihen 1328 Betriebsratsmitglieder zählen. Sie stellen insgesamt 12,6 Prozent aller Betriebsratsmitglieder. In den Großbetrieben erhöht sich sogar der Anteil auf 12,9 Prozent.

Der Erfolg der christlich-nationalen Gewerkschaften in diesem Jahre hätte noch größer sein können, wenn nicht eine Reihe Splitterlisten diesen Erfolg beeinträchtigt hätten. So gingen durch Gruppen und Richtungen, die sich zwar auch national nennen und die Interessen der Arbeitnehmer vertreten wollen, der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung eine nicht unbedeutende Anzahl Stimmen verloren. Die den Marxismus bekämpfen wollten, stärkten ihn durch ihre Spaltungsarbeit.

Die Krankenvversicherung im vierten Vierteljahr 1930.

Die nunmehr vorliegende amtliche Statistik über die Krankenversicherung im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres läßt erstmalig die Auswirkung der Juli-Notverordnung auf die Krankenversicherung erkennen. Die Gesamteinnahmen, die je Mitglied im Oktober noch 9,18 RM betragen, sind weiter ständig gefallen. Sie betragen im November 8,30 RM, im Dezember 8,68 RM, insgesamt im vierten Vierteljahr 26,16 RM. Gegenüber dem vierten Vierteljahr des Jahres 1929 ist die Einnahme je Mitglied um etwa 13 Prozent gesunken. Dieser Rückgang der Einnahme ist zum Teil natürlich auf das abgefunkene Lohnniveau und die umfassende Arbeitslosigkeit zurückzuführen, jedoch zum größten Teil auf die Auswirkung der Beitragsenkung. Am stärksten sind die Krankengeldausgaben gefallen. Sie betragen insgesamt je Mitglied im vierten Vierteljahr 6,28 RM, was einer Verminderung gegenüber dem gleichen

Dierteiljahr des Vorjahres um rund 30 Prozent gleichkommt. Auch die Krankenziffer ist in der Berichtszeit niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auf 100 Versicherte kamen im letzten Dierteiljahr 1930 3,1 arbeitsunfähige Kranke, im Vorjahre 3,7 arbeitsunfähige Kranke. Das Absinken der Ausgaben gegenüber dem dritten Dierteiljahr, das ja bereits von der Wirksamkeit der Notverordnung mitbetroffen wurde, ist natürlich geringer. Im Verhältnis zum dritten Quartal sanken die Krankengeldzahlungen um nur 7 v. H., die Aufwendungen für Arzneien und sonstige Arzneimittel jedoch im gleichen Zeitraum um 25 v. H. Nicht so wirksam waren die entsprechenden Vorschriften der Notverordnungen über die Änderungen im Verhältnis der Kassen zu den Ärzten. Die Kosten für Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte und für die Krankenhauspfege sind vom dritten zum vierten Quartal nur um 1 bis 2 v. H. gesunken. Man hätte hier eine stärkere Auswirkung erwarten müssen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eindau. Kollegialität, Opfergeist und Überzeugungstreue haben immer schon ein erfolgreiches Schaffen ermöglicht. Ein Beweis, daß dies in unserem Verbandsleben auch heute noch so ist, ist die gute Entwicklung unserer Zahlstelle in Eindau, insbesondere unserer Jugendgruppe, trotz all der großen Schwierigkeiten, die uns immer wieder in den Weg gelegt wurden.

Am Samstag, den 12. Dezember, hatten wir in unserer Zahlstelle einfach und schlicht, aber um so herzlicher eine Familien-Weihnachtsfeier veranstaltet. Trotz der Armut unserer Zeit oder vielleicht gerade deshalb hatte das Christkind jedem Mitgliede einen mit sehr zweckmäßigen Sachen behangenen Tannenzweig gebracht, was besonders bei den arbeitslosen Kollegen Freude auslöste. Selbst unser Bezirksleiter, Kollege Kronthaler aus Augsburg, welcher zur Freude aller unserer Veranstaltung beiwohnte und die mit großem Beifall aufgenommene Weihnachtsansprache hielt, wurde nicht vergessen. Ausgerechnet die Krone des Weihnachtsbaumes mit Dingen, die er gerne hatte, war vom Christkind für ihn bestimmt und vom Vorsitzenden, Kollegen Rau, unter allgemeiner Zustimmung ihm überreicht worden. Jugendführer Weber und Kollege Auer richteten ebenfalls herzliche Worte an die Anwesenden, welche mit der Aufforderung zur treuen Mitarbeit, heute erst recht, ausklangen. Unser Bezirksleiter dankte für die große Überraschung, die ihm zuteil wurde, und meinte, die Erfolge in Eindau sind in der tatkräftigen Zusammenarbeit der Kollegen selbst zu suchen. Mit Dank und Anerkennung darf hervorgehoben werden, daß die Kosten dieser wohlgeklungenen Veranstaltung in der Hauptsache von den wenig noch in Arbeit stehenden Kollegen getragen wurden. Die Jugend umrahmte die Veranstaltung mit Musikvorträgen, und so vergingen nur zu schnell die Stunden, die auf alle Teilnehmer den besten Eindruck machten.

Mannheim. Die Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen feierte gelegentlich einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Ehrung dreier Jubilare. Der Vorsitzende, Kollege Leiß, begrüßte eine stattliche Anzahl Kollegen mit ihren Angehörigen und bot besonderen Willkommgruß dem Gauleiter, Kollegen Heck aus Frankfurt a. M., der die Festrede und Ehrung der Jubilare an diesem Abend übernommen hatte. Kollege Jechberger schuf mit seinem gut vorgelegten Prolog die richtige Stimmung für die dann folgenden Ausführungen des Kollegen Heck. In kurzen Umrissen schilderte Redner die Verhältnisse der letzten 25 Jahre. Insbesondere gedachte er der opfervollen Gewerkschaftsarbeit der Jubilare, die in vorbildlicher Weise Hervorragendes geleistet hätten. Auch heute noch stehen sie mit in vorderster Reihe, wie der Kollege Hermann Mayer, der

Kassenrevisor der Zahlstelle sei. Ebenso betätigten sich auch die beiden anderen Jubilare, die Kollegen Josef Rink und Karl Hubuch gewerkschaftlich. Kollege Heck überreichte den Jubilaren Diplom und die silberne Ehrennadel. Kollege Rink dankte im Namen seiner Kollegen für die Ehrung und brachte zum Ausdruck, daß sie nach wie vor dem Verbands die Treue halten und ihm ihre Kräfte zur Verfügung stellten. Die humorvolle zweite Hälfte der Veranstaltung sah die Kollegen der Jugendgruppe in Aktion. Vorträge und Jugendlieder führten zu einer herzlich frohen Stimmung, und die älteren Kollegen stellten ihren Mann besonders bei den Volksliedern. Kurz vor Mitternacht trennten sich die Kollegen mit dem Gelöbniß, auch weiterhin kräftig mitzuarbeiten an den großen Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Kaver Meier.

Literarisches.

Fachrechnen für Tischler, von H. Junghanns und J. Wießner, Verlag O. Leiner, Leipzig, 2,80 RM.

Das vorliegende Rechenbuch wendet sich vor allem an die fortbildungsbefähigten Jungtischler in den Berufsschulen. Es enthält einen erweiterten Teil für Geometrie-Aufgaben, die für den werdenden Facharbeiter besonders wichtig sind. Eines besonderen Hinweises bedarf auch noch die klar herausgearbeitete Kalkulation, und als Vorzug verdient erwähnt zu werden, daß die Aufgaben der Praxis entnommen sind. Nicht nur für den Schulgebrauch allein, auch für die von unseren Jugendgruppen veranstalteten Fachkurse ist das Rechenbuch zu empfehlen.

Im Kampf mit der Wirtschaftskrise, von Prof. Friedr. Dessauer, Buchverlag: Carolusdruckerei, Frankfurt a. M. Kart. 1,90 RM, Leinen 3,— RM.

Prof. Dessauer, der bekannte Politiker, Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Zentrumsparterie, hat hier Gedanken vorgetragen, die größte Beachtung verdienen. Dessauer legt in der Broschüre das Wesen der Weltwirtschaftskrise und insbesondere der deutschen Wirtschaftslage so gemeinverständlich dar, daß der aufmerksame und politisch interessierte Leser, auch wenn er keine besondere national-ökonomische Vorbildung hat, doch zur Klarheit über die wichtigen Faktoren der gegenwärtigen Situation kommt. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Erleichterung und Lösung der Krise behandelt. Verfasser kommt dabei zu konkreten Schlüssen und fordert eine methodische Führung der Wirtschaftspolitik in begründeten Vorschlägen. Die Diskussion der wirtschaftspolitischen Vorschläge ist abgeschlossen mit einer Übersicht über die zeitlichen Möglichkeiten bis zum Konjunkturmehrschwung, gestützt durch einen Vergleich mit der großen Wirtschaftskrise in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Das Buch endet mit einem Ausblick auf das gewandelte Gesicht der neuen Wirtschaftsordnung, die aus dieser Krise hervorgehen wird. Eine im besten Sinne für Massenaufklärung bestimmte Schrift, der auch in unser aller Interesse eine Massenverbreitung zu wünschen ist!

Aus dem Inhalt: Spannungserfüllte Welt — Der große fremde Störenfried — Die Wirtschafts-Seuche — Kreditlage — Kommen wir durch? — Die wichtigsten Mittel des Wirtschaftskampfes — Wiedereroberung des Wirtschaftskredites — Nützen die Lohnsenkungen? — Der landwirtschaftliche Sektor.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen teilen die Gästf. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Belloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Solzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Solzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Intarrien jeder Art

Katalog

gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg

Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau, **1a. Doppelschneckenfederwerk** nur **11,50 Mk.**
2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör.

Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie

Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9

Sportschlitten-Kufen

Esche, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 180 200 cm Holzlänge
1,50 1,80 2,20 2,50 3,15 3,60 Mk. p. Paar
Ringelkufen 145 cm Schlittenl. RM. 5.—
Schneeschuhe aus 1a. Gebirgsesche.
Preise auf Anfrage. Aufschraubbindungen (verstellbar) kompl. RM. 7,50. Hulfelddetgabelbindungen kompl. RM. 5.—
Nichtgefallendes nehme ich zurück.
Max Walther
Dresden-N. 22, Rehfelder-St. 53